

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Detlev Samland MdEP
zu Fragen von Zuwanderung, Asyl, Bürgerkriegsflüchtlingen und Familiennachzug: Nationale Konzepte bleiben Scheinlösungen!

Seite 1

Wolfgang Drexler MdL
zur Notwendigkeit einer vorsorgenden Umweltpolitik auch auf Länderebene: Rio beginnt bei uns zu Hause.

Seite 3

Rezension

Dr. Robert M. W. Kempner stellt das Buch "Kampf um Namen - Bernhard Weiss gegen Joseph Goebbels" von Dietz Bering vor.

Seite 4

Dokumentation

"Menschen werden durch Armut stillgelegt" - diesen Befund traf der Bochumer Professor Ernst Ulrich Huster auf einer Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion. Auszüge aus seinem Referat

Seite 5

47. Jahrgang / 124

2. Juli 1992

Nationale Konzepte bleiben Scheinlösungen!

Zu Fragen von Zuwanderung, Asyl, Bürgerkriegsflüchtlingen und Familiennachzug

Von Detlev Samland MdEP

Die Motive für Menschen die ihre Heimat verlassen sind unterschiedlich. Die einen fliehen wegen der Bomben auf Sarajewo, die anderen weil sie von der eigenen Regierung in Süd-Ost-Anatolien (Kurden) verfolgt werden. Und wieder andere kommen, weil sie in ihrem Land (Polen) in einem Jahr soviel verdienen wie in der Bundesrepublik in einem Monat. Sie gehen in Länder, zu denen sie Beziehungen haben: Von Algerien nach Frankreich, von Marokko nach Spanien und Belgien, von Indonesien in die Niederlande, von Albanien nach Griechenland. Und von Rumänien, Polen, Jugoslawien und der Türkei nach Deutschland.

Wir in Deutschland haben für all diese unterschiedlichen Gruppen nur eine Antwort: Das Asylrecht! So zwingen wir Menschen ins Asyl, weil es keine anderen gesetzlichen Regelungen gibt, mit dem Ergebnis, daß die Asylverfahren überlastet sind und die Anerkennungsquote bei sieben Prozent dümpelt. Schluß damit!

Klar ist aber auch, daß bei offenen Binnengrenzen keine nationale Lösung mehr möglich ist. Es bedarf einer einheitlichen europäischen Lösung.

Was wir wollen:

1. Europa ist eine Zuwanderungsregion. Wer Zuwanderung zuläßt, kann auch die Bedingungen bestimmen. Und das heißt auch: Feste Quoten die Jahr für Jahr entsprechend der Aufnahmekapazitäten festgelegt werden, so daß die bisher ungeregelte Zuwanderung begrenzt wird!

Daß auch wir, wie übrigens alle EG-Länder, Zuwanderung brauchen ist relativ simpel. Die Geburtenrate sinkt, die Menschen werden älter. Wer auch in Zukunft eine gesicherte Rente haben will, der braucht geordnete Zuwanderung. Wer ein europäisches Zuwanderungsrecht will, muß das sogenannte Kriegsfolgerecht beenden. Das bedeutet, daß in Zukunft auch der Aussiedler wie ein Zuwanderer behandelt wird und sich anstellen muß!

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kennzeichen Örtung
mit versetztem Rotziffer
Recycling-Papier



2. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention Verfolgte genießen Asylrecht. Und obwohl alle westeuropäischen Länder die Genfer Konvention unterschrieben haben, wird das Recht sehr unterschiedlich ausgelegt. Deshalb brauchen wir eine einheitliche Auslegung der Genfer Flüchtlingskonvention durch den Europäischen Gerichtshof. Und wir brauchen eine Regelung die sicherstellt, daß der Einzelne - gleich nach welchem Verwaltungsverfahren überprüft - das Recht hat, diese Entscheidung vor Abschiebung durch ein ordentliches Gericht überprüfen zu lassen. Dann können wir Artikel 16,2,2 des Grundgesetzes auch ändern.
3. Bürgerkriegsflüchtlinge sind in der Regel keine Asylsuchenden. Es bedarf deshalb eines einheitlichen europäischen Bleiberechts auf Zeit. Das entlastet die Asylverfahren in der Bundesrepublik allein zur Zeit um monatlich 15.000 Fälle (Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien). Aus diesem Bleiberecht erwächst jedoch kein Anspruch auf Zuwanderung. Nach Ende des Bürgerkriegs müssen die Menschen zurück und das wird durch Entzug der Leistungen (Sozialhilfe) sichergestellt.
4. Wer Flucht verhindern will muß Fluchtursachen bekämpfen. Wer heute Waffen in Entwicklungsregionen liefert, verursacht damit die Flüchtlinge von morgen! Dazu ist deshalb die Handels- und Kooperationspolitik der EG einerseits am Minderheitenschutz und der Einhaltung der Menschenrechte auszurichten und andererseits sind die Hilfen für Mittel- und Osteuropa, den südlichen Mittelmeerraum und die übrigen Entwicklungsländer auszubauen.

Wie wir es erreichen:

Die beschriebenen Schritte sind keine Zukunftsmusik. Wir können mit der Lösung der Probleme morgen beginnen. Und das geht so:

1. Die Bundesregierung verhandelt nach dem Vorbild des Schengener Abkommens mit einigen EG-Staaten (zum Beispiel Belgien, Niederlande, Frankreich, Italien) und einigen Nicht-EG-Staaten (Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei) eine Konvention zum Bereich Asylrecht, Zuwanderungsrecht und Bürgerkriegsfluchtrecht aus. Entscheidend dabei ist, daß es eine gemeinsame Interpretationsinstanz gibt: den Europäischen Gerichtshof. Die Verhandlungen dazu könnten bereits im Herbst beginnen.
2. Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft wird ein einheitliches Familiennachzugsrecht und ein gemeinsames Visarecht geschaffen.
3. Zur Begleitung der Regelungen setzt der Bundestag eine Enquetekommission Zuwanderung ein. SPD-Länder unternehmen in diesem Sinne einen Vorstoß im Bundesrat. SPD-Bundestagsfraktion schlägt Gesetzentwürfe als Grundlage für eine Konvention zu diesen Bereichen im Herbst vor. So zwingen wir die Bundesregierung zu handeln.
4. Die Vorsitzenden der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in Europa haben am 15. Juni 1992 beschlossen, eine Arbeitsgruppe zu installieren, die bis zum Spätherbst ebenfalls die Grundprinzipien solcher Konventionen auf gesamteuropäischer Ebene festschreiben sollen.

Wovor wir warnen:

Wir warnen vor dem Irrglauben, daß mit Gesetzen Völkerwanderungen zu steuern sind. Diese Regelungen schaffen in "normalen" Zeiten die Möglichkeit, Zuwanderung zu begrenzen ohne die Genfer Flüchtlingskonvention einzuschränken. Bricht morgen ein bewaffneter Bürgerkrieg in Algerien aus, dann werden solche Gesetze auch Frankreich nicht vor einer Zuwanderungswelle schützen. Darüber muß man sich klar sein - dies muß man der Bevölkerung immer wieder sagen.

(-/2. Juli 1992/rs/ks)

Rio beginnt bei uns zu Hause
Zur Notwendigkeit einer vorsorgenden Umweltpolitik auch auf Länderebene

Von Wolfgang Drexler MdL
Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Der Weltgipfel über Umwelt und Entwicklung hat mit einer Enttäuschung geendet. Die Vertreter der reichsten 20 Prozent der Erde, die 80 Prozent der weltweiten Ressourcen beanspruchen, waren zu einer Umkehr ihres verschwenderischen Lebens- und Wirtschaftsstils nicht bereit. Mit Ihrer Selbstverpflichtung, Ihre klimaschädigenden Emissionen bis zum Jahr 2000 wenigstens nicht weiter wachsen zu lassen, blieb die EG als einäugiger König unter lauter Blinden.

Dennoch war der Weltgipfel von Rio eine wichtige Konferenz. Erstmals haben sich die Staaten der Welt auf eine gemeinsame Erd-Charta verständigt, mit der Unterzeichnung der Konvention über Klimaschutz und Artenvielfalt wurde ein Anfang für die weltweite Zusammenarbeit zur Abwehr der globalen Umweltgefährdungen gemacht. Um das Klimasystem zu stabilisieren, dürfen im Jahre 2050 nur noch rund zehn Milliarden Tonnen Kohlendioxid festgesetzt werden. Nach dem Gleichheitsgrundsatz bedeutet dies im Schnitt nur noch eine Tonne Kohlendioxid pro Jahr und Kopf. In Baden-Württemberg sind es derzeit acht Tonnen pro Kopf und Jahr. Daran allein wird deutlich, wie groß die Herausforderung ist, die wir zu bewältigen haben.

Gerade nach Rio müssen wir im eigenen Land die Möglichkeit eines wirksamen vorsorgenden Klimaschutzes nutzen. Rio beginnt bei uns zu Hause. Nach Vorliegen des Klimaschutzberichts für Baden-Württemberg werden wir die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes, die Verschärfung der Wärmeschutzverordnung, den Erlass der Wärmenutzungsverordnung, die Verbesserung der Wirkungsgrade der Kraftwerke und die deutlich verstärkte Anwendung der Kraft-Wärme-Koppelung angehen.

Wir wollen eine Energieagentur des Landes mit der Aufgabe der Beratung und der Unterstützung von Maßnahmen zur rationellen Energienutzung und Energiebereitstellung und zum verstärkten Einsatz regenerativer Energien. Wir brauchen ein Landesprogramm für verstärkte und neue Maßnahmen zur Energieeinsparung besonders im Bereich der Raumwärme. Hier liegen die höchsten Einsparpotentiale mit 30 bis 50 Prozent. Schweden hat mit den entsprechenden Maßnahmen in zehn Jahren seit 1980 eine Reduzierung des Energieverbrauchs im Heizwärmebereich um 37 Prozent geschafft. Für uns Sozialdemokraten haben Energiesparmaßnahmen Vorrang vor dem Ausbau von Versorgungskapazitäten.

Zusätzlich wollen wir ein Landesprogramm zur Markteinführung neuer Umwelttechniken und zum Einsatz dezentraler Energieversorgungsstrukturen. Schlüsselbereich und Nagelprobe für die Ernsthaftigkeit einer Klimaschutzpolitik ist der Verkehrsbereich. Ohne eine Zurückdrängung der Verkehrsemissionen werden Anstrengungen in anderen Bereichen nur einen begrenzten Erfolg haben. Die Umliegung der Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer ist ein Ansatz. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Festlegung, daß die aus der Mineralölsteuer stammenden Mittel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes überwiegend zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs verwendet werden. Wir werden darauf drängen, daß die Regierung in dieser Legislaturperiode ein ÖPNV-Gesetz vorlegt.

Unverzichtbar für uns Sozialdemokraten bleibt ein Tempolimit. Der Durchschnittsverbrauch bei PKW muß bei fünf Liter pro 100 km liegen, für LKW muß der Kraftstoffverbrauch um 50 Prozent reduziert werden. Nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion wird dies aber alles nicht ausreichen. Der Norden in der Welt setzt die Standards. Nur wenn die Reichen nicht immer mehr und mehr haben wollen, können wir Konzepte der Genügsamkeit umsetzen. Und deshalb müssen wir auch bei unserer baden-württembergischen Entwicklungspolitik schnellstens höchstentwickelte Technik exportieren, damit unsere Partner sauber, energie- und ressourcenschonend produzieren können.

(-/2. Juli 1992/rs/ks)

REZENSION

Ein wichtiges Buch über den Aufstieg der Nazis

Dietz Bering: "Kampf um Namen - Bernhard Weiss gegen Joseph Goebbels" - Klett-Cotta-Verlag Stuttgart, 527 Seiten, DM 68,00.

Der Titel dieses Werkes ist allzu bescheiden. Das Buch umfaßt in Wirklichkeit eine volle Historie einer Eroberung Berlins, Preußens und der Weimarer Republik durch den Nationalsozialismus während der Jahre 1926 bis zu Hitlers Machtergreifung im Januar 1933. Der Verfasser, Dietz Bering, Sprachwissenschaftler, ist weit mehr, als dieser Beruf anzeigt, denn sein Buch deckt ein weites Feld: so ist es ein hervorragendes Werk für Politiker, Juristen, Historiker, Psychologen, Psychiater, Soziologen, Germanisten, Wirtschaftler, Mediziner, und alle an moderner Zeitgeschichte interessierten Menschen.

Als ich im Jahre 1918 als junger Gardeschütze nach der sogenannten Novemberrevolution in Berlin durch das Brandenburger Tor einmarschierte, glaubte ich, in eine junge Republik zu kommen. Als ich im Jahre 1933 aus meinem Amtssitz als Justitiar der Polizeiabteilung im Preußischen Innenministerium Unter der Linden von dem neuen Chef, Hermann Göring, entfernt wurde, begriff ich, daß die demokratische Republik durch die neuen Machthaber zerstört worden war. Die Vernichtungskämpfe hatten Ende 1926 ernsthaft begonnen, nachdem Joseph Goebbels als Gauleiter der NSDAP in Berlin eingezogen war. Dieser Kampf ist in dem vorliegenden Buch in meisterhafter Weise geschildert. Er ist zentralisiert in den Konflikten zwischen Bernhard Weiss und Joseph Goebbels, Weiss war in den entscheidenden Jahren der republikanische Vizepolizeipräsident von Groß-Berlin, kurz der Vipoprä genannt. Er amtierte in Berlin seit dem 17. März 1927 in dieser Funktion bis zum sogenannten Preußenschlag am 20. Juli 1932.

Totaler Krieg

Was war dieser Kampf? War er die unzählbar und ständig wiederholten öffentlichen Tiraden Goebbels gegen Weiss, in denen er ihm den Namen Isidor aufbeschwor? War er die unzähligen Gerichtsgefechte Weiss wegen Verleumdung und Beleidigung, die die Berliner Gerichte über die sechs Jahre beschäftigten? Nein. Weder wollte Goebbels den Mann Weiss beleidigen, noch wollte Weiss sich gegen persönliche Insulten verteidigen. Es war ein totaler Krieg!

Goebbels notierte im Juni 1932 in seinem Tagebuch: "Der muß nun zur Strecke gebracht werden. Sechs Jahre lang kämpfte ich gegen ihn. Er ist für jeden Berliner Nationalsozialisten der Repräsentant des Systems. Wenn er fällt, dann ist auch das System nicht mehr lange zu halten."

"Der Namenskampf zwischen Weiss und Goebbels zeigt besonders deutlich: Es gibt bedeutende historische Vorgänge, die sich befriedigend überhaupt nur rekonstruieren lassen, wenn man sprach- und allgemeinhistorische Erkenntnisse zusammenführt." Goebbels wollte nicht nur Weiss treffen, sondern die Berliner Polizei, die Stadt Berlin, den Preußischen Staat, schließlich die Weimarer Republik!

Weiss starb in seinem Londoner Exil im Jahre 1951. Nach dem Zusammenbruch des Naziregimes hatte er im September 1949 seine Berliner Heimat nochmals aufgesucht.

Sein Feind Joseph Goebbels war unter dem Hitlerregime Reichspropagandaminister geworden und hatte beim Zusammenbruch im Mai 1945 mit seiner Frau und seinen sechs Kindern Selbstmord begangen.

Der Kampf zwischen Weiss und Goebbels ist das Kernstück des vorliegenden Buches. Wir, das Preußische Innenministerium und das Preußische Justizministerium hatten langwierige Besprechungen, ob man gegen Goebbels wegen der Beleidigungen gerichtlich vorgehen sollte,

hielten aber andere politische Mittel als circa vierzig Gerichtsklagen mit ungewissen Erfolgen für effektiver. Ich habe selbst an solchen Aussprachen teilgenommen.

Das Buch enthält in sechs Hauptkapiteln mit zahlreichen Unterkapiteln die Schlachten zwischen dem Vopoprä und dem späteren Propagandaminister. Die Kapitel dieses Buches sollten von jedem gelesen werden, der sich für Deutschland, seine Vergangenheit, insbesondere den Holocaust, und die Zukunft des Landes interessiert.

Dr. Robert M. W. Kempner

(-/2. Juli 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Professor Ernst-Ulrich Huster: "Menschen werden durch Armut stillgelegt"

Auf der Fachkonferenz "Armut in Deutschland - Armut im Wohlstand" der SPD-Bundestagsfraktion am 1. Juli 1992 in Bonn sprach Professor Dr. Ernst-Ulrich Huster von der Evangelischen Fachhochschule Bochum über "gesellschaftliche und individuelle Folgen von Armut". Wir dokumentieren daraus den Abschnitt "Soziale Folgen".

Armut produziert Armut: Es zeigt sich nämlich, daß im Zeitraum von 1984 bis 1989 immerhin circa 13 Prozent aller bundesdeutschen Haushalte ein- oder mehrmals von 'strenger Armut' betroffen gewesen sind, also mit weniger als 40 Prozent des durchschnittlichen (Netto-) Haushaltseinkommens auskommen mußten. Unter der Armutsgrenze im Sinne der 50 Prozent Marke rutschten gar 25 Prozent aller Haushalte ein- oder mehrmals, bei den Ausländern war dies sogar bei jedem 2. Haushalt der Fall. Und 40 Prozent aller Haushalte lagen mit ihrem Einkommen ein- oder mehrmals in diesem Zeitraum an oder unter der 60-Prozent-Grenze. Dabei steigt die Wahrscheinlichkeit, erneut unter eine dieser Grenzen zu rutschen, mit der Armut selbst: Von den Haushalten, deren Einkommen nur geringfügig über der Armutsschwelle liegen, verbleibt circa jeder 2. in dieser Einkommensposition, lediglich 25 Prozent schaffen den Aufstieg in eine sichere Position oberhalb der Armutsgrenze, ein weiteres Viertel verbleibt im Übergangsbereich zwischen Armut und Nicht-Armut.

*

Soziale Folgen

1. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist mittelbar oder unmittelbar eine der Hauptursachen für das Ansteigen der Armut in Deutschland. Dabei zeigt sich in Ostdeutschland quasi im Zeitraffer dieser Zusammenhang, hier, wo quasi die Generation der über 40jährigen "ausgemustert" wird, wie es Gerhard Bäcker treffend formuliert hat. Die steigende Verarmung ist die Folge davon, daß Arbeitskräfte schlicht nicht mehr benötigt werden, im Westen als Folge eines langanhaltenden wirtschaftlichen Strukturwandels, im Osten als Folge einer massiven Deindustrialisierungspolitik.

2. Die individuellen Antworten der Betroffenen auf diese Verarmungsprozesse sind unterschiedlich: Autoaggression, Depression, Apathie, Krankheit, früher Tod einschließlich zunehmender Selbstmordraten. Menschen werden im wahrsten Sinne des Wortes stillgelegt. Zugleich wächst aber auch das nach außen gerichtete Aggressionspotential in unserer Gesellschaft: Der Haß auf das Fremde, den Ausländer, den Asylbewerber, den anscheinend Bevorzugten, Angst und Neid suchen sich in der Tat Luft zu verschaffen. Dies ist der Nährboden für extremistisches Verhalten, was in Deutschland fast synonym mit rechtsradikalen Bewegungen

ist. Nicht die Partei der Republikaner sind das Problem, sondern eine Politik, die den sozialen Nährboden derartiger rechtsradikaler Tendenzen nicht sieht, sie nicht angeht und keine Abhilfe schafft.

3. Armut stigmatisiert, wird ausgegrenzt. Die Siedlungen am Rande der Stadt, einzelne Stadtteile und Gegenden sind Ghettos der Armut. Armut wird in Ghettos abgedrängt, weil Armut stört. Doch diese Ghettoisierung kann sich sehr schnell umkehren: In vielen Großstädten der USA leben neben den Armen auch die Reichen in Ghettos, dort mit hohen Zäunen, Wachpersonal und Zugangskontrollen von der Armut abgeschottet. Armut schafft in jeder Gesellschaft ein Gewaltpotential, das mit innerstaatlicher Aufrüstung - privat und/oder öffentlich - beantwortet wird.

4. Armut schließlich dient der Aufrechterhaltung der Leistungs- und Konkurrenzethik in unserer Gesellschaft, für die im Kern in säkularisierter Weise das Wort des Apostels Paulus gilt: "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen." - Zumindest soll er weniger essen, sich rechtfertigen, wann er essen will, und sich steten Kontroll- und Normierungsprozessen beim Essen unterziehen. Die Verwaltung der Armut - schon dieses Wort ist nicht nur eine sprachliche Herausforderung - sucht fehlende materielle Ressourcen auszugleichen, tut dies aber so, daß die unmittelbar Betroffenen, aber auch die in der Gefahr stehen, dahin abzugleiten, stets auf den Pfad der Tugend von Leistung und Konkurrenz zurückverweisen werden. Die tatsächliche Politik im Umgang mit der Armut funktionalisiert Armut als Abschreckung gegen normwidriges Verhalten, ein Verhalten, daß Leistung und Konkurrenzverhalten in Frage stellen könnte. Um dieses Ziel zu erreichen, läßt sich unsere Gesellschaft die Verwaltung der Armut durchaus einiges kosten:

- Die Verwaltung und Kontrollbürokratie, die feinfühligere Herausbildung von Leistungshierarchien, der Rückgriff auf die Familiensubsidarität u.a.m. sind im genannten Sinne funktional, zugleich sehr teuer. Mit diesem Geld könnten mit Sicherheit alternative Formen der Grundversicherung finanziert werden. Das Zusammenwachsen Europas könnte unsere Politiker motivieren, sich das Mindestsicherungssystem in den Niederlanden gleichsam als mögliche Alternative genauer anzusehen.
- Die Unterbringung von Personen in Obdachlosensiedlungen, Billigpensionen, in Containern et cetera ist - von den Finanzen her betrachtet - eine luxuriöse Form der Unterbringung. Die Übernahme von Mietschulden ist in fast jedem Falle weitaus billiger als jede Form kollektiven Wohnens. Bei bis zu 20 DM pro Quadratmeter, die etwa die Unterbringung in Wohncontainern kostet, sind gute Geschäfte mit der Armut zu machen. Die Inkaufnahme von Obdachlosigkeit dient denn auch nicht der Kostenersparnis, sondern vor allem der Sanktionierung von Regelwidrigkeiten auf einem Wohnungsmarkt, der aus den Fugen geraten ist.

Es sollen hier nicht in extenso Sinn, Bedeutung, aber auch Grenzen und Unsinn von Leistung und Konkurrenz um inzwischen fast jeden Preis diskutiert werden. Wenn nun aber in Artikel 1 des Grundgesetzes Achtung und Schutz der "Würde des Menschen" als oberste ethische Norm unseres Gemeinwesens verankert sind, dann stellt sich die Frage nach Achtung und Schutz derjenigen, die Opfer dieses Leistungs- und Konkurrenzdenken in unserer Gesellschaft geworden sind und / oder die den an sie gestellten Leistungsanforderungen nicht oder nicht mehr ganz gewachsen sind. Der enorme Reichtum unserer Gesellschaft basiert letztlich auf Leistung und Konkurrenz, aber auch die Armut. Armut und Reichtum sind zwei Seiten ein und derselben Medaille, auf der bislang noch "DM", vielleicht bald ECU steht. Es reicht nicht aus, in Paragraph 1 des Bundessozialhilfegesetzes auf die "Würde des Menschen" lediglich zu rekurrieren, gefordert ist vielmehr eine Stärkung der solidarischen Elemente in unserer Gesellschaft, eine Reform unseres Mindestsicherungssystems.

(-/2. Juli 1992/rs/ks)
